

Antrag 335/I/2025**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Den Fortbestand von „Moabit hilft“ am bisherigen Standort sichern!****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AH Fraktion (Konsens)**

- 1 Die Mitglieder der SPD-Fraktion in der BVV Mitte, die SPD-
2 Mitglieder im Senat von Berlin und die SPD-Abgeordneten
3 im Abgeordnetenhaus von Berlin werden aufgefordert,
4 sich unverzüglich dafür einzusetzen, dass die Organisati-
5 on „Moabit hilft“ am jetzigen Standort Turmstraße 21 in
6 Moabit erhalten bleibt.

7

8 Begründung

- 9 Aus der aktuellen Presseinfo von „Moabit hilft“ :
10 „Nach über zehn Jahren unermüdlicher Arbeit für Ge-
11 flüchtete und sozial benachteiligte Menschen stehen wir,
12 Moabit hilft e.V., vor dem Aus. Am 1. Juni 2025 verlieren
13 wir unsere Räumlichkeiten in der Turmstraße 21 – ohne
14 Aussicht auf eine Alternative. Besonders erschütternd ist,
15 dass der Vermieter, der uns die Kündigung ausgespro-
16 chen hat, niemand anderes ist als die Stadt Berlin, ver-
17 treten durch die Berliner Immobilienmanagement GmbH
18 (BIM). Wir beraten Menschen in sozialen und asylrecht-
19 lichen Fragen, unterstützen bei Behördengängen, bieten
20 Sprachmittlung an und geben Sachspenden aus – und das
21 an über 300 Tagen im Jahr. Unser Angebot war stets eine
22 niedrigschwellige, unbürokratische Anlaufstelle für dieje-
23 nigen, die in der Stadt keinen anderen Platz finden. Trotz
24 dieser wichtigen sozialen Funktion haben wir niemals För-
25 dergelder von Bezirk, Land oder Bund erhalten. Unsere Ar-
26 beit wurde ausschließlich durch Spenden und ehrenamt-
27 liches Engagement getragen. 2018 haben wir die Räum-
28 lichkeiten in der Turmstraße 21 übernommen – ein Ge-
29 bäude in katastrophalem Zustand. Offene Kabel, kaput-
30 te Fußböden, Wasserschäden, aus den Angeln gerissene
31 Türen und marode sanitäre Einrichtungen waren nur eini-
32 ge der Mängel, mit denen wir täglich konfrontiert waren.
33 Reparaturen wurden von der BIM nur notdürftig durch-
34 geführt, wenn überhaupt. Dennoch zahlten wir bis heute
35 160.436 Euro Miete – obwohl wir seit 2020 keinen gülti-
36 gen Mietvertrag mehr hatten. Wir haben eigene Mittel in-
37 vestiert, um das Gebäude nutzbar zu machen: Böden sa-
38 niert, Wände gestrichen, Brandschutzmaßnahmen ergrif-
39 fen – immer in der Annahme, dass unsere Arbeit an die-
40 sem Ort eine Zukunft hat. Doch trotz unserer jahrelangen
41 Investitionen wurde eine Vertragsverlängerung mehrfach
42 abgelehnt. Die offizielle Begründung lautet, dass landes-
43 eigene Gebäude nicht mehr an NGOs vermietet würden.
44 Diese Entscheidung steht jedoch in direktem Widerspruch
45 zu einem Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung
46 (BVV) aus dem Jahr 2020, der das Gelände ausdrücklich
47 als Standort für soziale und gesundheitliche Dienstleis-
48 tungen vorsieht. Während sich andere Einrichtungen auf

49 dem Gelände halten konnten, wird unsere Anlaufstelle
50 nun ersatzlos geschlossen. Trotz direkter Appelle an poli-
51 tisch Verantwortliche gab es keine nachhaltige Unterstü-
52 zung. Einzelne Politiker*innen setzen sich weiterhin für
53 unseren Verbleib ein, doch bisher ohne Erfolg. Wir fordern
54 die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung auf, end-
55 lich Verantwortung für die Menschen zu übernehmen, die
56 ohne unsere Unterstützung völlig auf sich allein gestellt
57 wären."

58

59 Die Abteilung Moabit-Nord schließt sich diesen Forderun-
60 gen an.